

Analyse

Der Fall der Berliner Mauer und die Folgen aus russischer Sicht

Von Reinhard Krumm, Moskau

Zusammenfassung

In den vergangenen zwanzig Jahren hat sich in der russischen Gesellschaft die Wahrnehmung von Europa und Deutschland stabilisiert. Dem allgemeinen politischen Schmerz und den oftmals persönlichen wirtschaftlichen Sorgen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist eine realistische Einschätzung Russlands in der Weltpolitik gefolgt. Nicht eine Wiederherstellung des Weltmachtanspruchs der Sowjetunion wünschen sich die Bürger, sondern ein Staat unter mehreren zu sein, allerdings mit weltweitem Einfluss.

Doch bei allem Selbstbewusstsein und dem Einzug einer gewissen Normalität sucht Russland nach einer postsowjetischen Identität. Zum einen als eurasisches Land, zum anderen als europäisches Land. Damit begibt Russland sich erneut auf eine Suche, die Peter der Große im 18. Jahrhundert begonnen hat, die aber für das größte Land der Erde noch immer nicht abgeschlossen ist.

So war bei einer Umfrage aus dem Jahre 2007 jeder fünfte Russe der Meinung, dass die »Versuche von westlichen Staaten, die Geschichte des Zweiten Weltkrieges umzuschreiben« die konstruktive Entwicklung der Beziehungen zwischen Russland und der EU stören. Das oftmals zitierte und vieldeutige Ende der Geschichte ist, wenn überhaupt erreichbar, noch lange nicht in Sicht.

Einführung

Das Jahr 2009 war ein besonderes Jubiläumsjahr in Europa und vor allem in Deutschland. Viele Ereignisse jährten sich zum runden Mal. Dabei steht der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 als ein zentrales Datum. 20 Jahre sind vergangen, Träume wurden wahr, doch so manche Wunden verheilen nur langsam. Damit ist vor allem die Geschichte gemeint, die für viele Menschen einen kaum erhofften Neuanfang bescherte, für andere aber als Niederlage empfunden wurde.

Während Deutschland und Osteuropa dieses historische Ergebnis als Neubeginn gesamteuropäischer Einigung feiern, schaut Russland, ja muss Russland anders auf diesen historischen Einschnitt schauen. Auf der einen Seite war es eine kaum vorstellbare Öffnung des Landes, ein Ende von systemimmanenten Repressionen, aber auf der anderen Seite war es eben auch der Beginn eines für viele Bürger traumatischen sozialen und wirtschaftlichen Abstiegs. Und hier liegt noch immer ein Missverständnis vor zwischen Russland und vielen Ländern Europas sowie den USA.

Wo ist da der Zusammenhang zum Geschichtsverständnis, fragt sich zu Recht der geneigte Leser. Antwort: Geschichtsaufarbeitung kann nur dann erfolgreich sein, wenn Staat und Gesellschaft dazu bereit sind. Keiner weiß das wohl besser als Deutschland, wo beide Seiten erst in den sechziger Jahren soweit waren, sich tatsächlich den schmerzhaften Ergebnissen der kritischen Erforschung der eigenen Geschichte zu stellen. Da waren über zwanzig Jahre seit dem Kriegsende vergangen.

Deshalb ist die Einschätzung der russischen Bevölkerung zur damaligen Reformpolitik unter Michail Gorbatschow so wichtig, um die heutige russische Politik zu verstehen. Denn je mehr diese Zeit als Niederlage empfunden werden sollte, umso geringer die Chancen auf eine offene Diskussion über die Vergangenheit, die für die osteuropäischen Staaten mit dem nach den russischen und deutschen Außenministern Wjatscheslaw Molotow und Joachim von Ribbentrop benannten Pakt und dessen Zusatzprotokoll, dass die Souveränität eben dieser Länder in Frage stellte, verbunden ist.

Die vom Soziologischen Institut der Russischen Akademie der Wissenschaft in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau durchgeführte repräsentative Studie soll dazu dienen, die Befindlichkeiten Russlands zwanzig Jahre nach dem Berliner Mauerfall darzustellen.

Die Vorgeschichte

Der Ribbentrop-Molotow-Pakt vom August 1939, zusammen mit dem geheimen Zusatzprotokoll, wird von knapp einem Viertel der Befragten als »richtige Entscheidung der sowjetischen Führung« betrachtet. So wurde Zeit gewonnen, um sich besser auf den Krieg gegenüber Deutschland vorzubereiten. Knapp ein Drittel hält es für »eine fehlerhafte Entscheidung«, nur jeder Zehnte für eine »schändliche Seite unserer Geschichte«. Dies belegt, dass der Zweite Weltkrieg nach russischem Verständnis am 22. Juni 1941 und nicht im September 1939 begann, als neben deutschen Truppen auch sowjetische Soldaten in Polen einmarschierten.

Dabei ist der Bekanntheitsgrad des Vertrages abhängig von der Bildung und vom Alter. Je besser die Bildung und je höher das Alter, desto bekannter dieses geschichtlichen Ereignisses. Während knapp die Hälfte der Befragten mit einer Hochschulausbildung darüber informiert war, so war es bei den anderen gerade einmal knapp ein Fünftel. Einem Drittel der unter 20jährigen und einem Viertel der Altersgruppe 21 bis 25 »war nichts bekannt, sie hörten davon zum ersten Mal«. Bei den über 36jährigen sind es nur etwa 10 %. Dem gegenüber ist den über 50jährigen die Geschichte zu über einem Drittel »gut bekannt«. Etwa die Hälfte aller Altersgruppen hat vom Pakt »irgendetwas gehört, ohne Genaues zu wissen«.

Ähnlich abhängig vom Bildungsstand und vom Alter ist die Bewertung der Auswirkungen des geheimen Zusatzprotokolls, die zu einer gewaltsamen Eingliederung der drei baltischen Staaten sowie von Teilen Polens führte. Während die Russen mit einer Hochschulausbildung gespalten darüber sind, ob es eine »gewaltsame Eingliederung« war, etwa ein Drittel, oder eine »freiwillige Eingliederung«, auch etwa ein Drittel, und der Rest sich nicht entscheiden konnte, nahm bei den schlechter ausgebildeten Bürgern sowohl die Kritik (gewaltsame Eingliederung) als auch die Zustimmung (freiwillige Eingliederung) ab. Dafür gaben je nach Ausbildung 39 bis 48 % keine Antwort.

Eindeutig hingegen ist der Trend bei den Altersgruppen: Je älter die Befragten, desto deutlicher die Antwort: »Das war eine Maßnahme, um die Sicherheit der westlichen Grenzen der Sowjetunion zu festigen.« Diese Meinung vertreten über die Hälfte der über 51jährigen. Bei den unter 20jährigen sind es immerhin noch 35 %. Im Durchschnitt meint in allen Altersgruppen nur etwa knapp ein Fünftel, dass das geheime Zusatzabkommen »ein Fehler war, der zu einer Schwächung der westlichen Grenzen der Sowjetunion geführt hat«.

Als Hauptgründe für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bezeichnen die Befragten die »Ideologie des Faschismus und des Nazismus im Deutschland der damaligen Zeit« (60 %) sowie die »Persönlichkeit Hitlers und sein psychischer Zustand« (49 %). Knapp 10 % halten die »schwierige wirtschaftliche Lage in Deutschland« oder »Fehler, zugelassen von den Entscheidungsträgern der Sowjetunion, konkret Stalin« für ausschlaggebend. Nur jeder zwanzigste sieht in der »verbrecherischen Politik der Entscheidungsträger der Sowjetunion, konkret Stalin« den Grund für den Beginn des Krieges.

Interessant ist die Meinung der Russen zur Schuld der Deutschen am Krieg. Die hat sich in den letzten Jahren zwar nur leicht verändert, gleichwohl ist die Ten-

denz überraschend. Waren 2002 noch etwa die Hälfte der Meinung, »jetzige und folgende Generationen der Deutschen sollten keine Schuldgefühle für die Gräueltaten des Hitlerregimes mehr haben«, so waren es in diesem Jahr 4 % weniger. Im selben Zeitpunkt stieg die Anzahl derer, die sehr wohl der Meinung sind, dass die Deutschen auch heute noch und in Zukunft ein Gefühl der Schuld haben sollten, um 5 %.

Das Ereignis

Das Jahr 1989 markiert de jure zwar nicht das Ende der Sowjetunion – das geschah zwei Jahre später – aber de facto symbolisiert der Fall der Berliner Mauer den Anfang vom Ende des Kalten Krieges. Knapp zwei Drittel sehen das positiv, nur etwa jeder sechste negativ. Den Prozess der Wiedervereinigung halten hingegen nur 37 % für »gesetzmäßig und gerechtfertigt«, etwa ein Viertel hält ihn für »gerechtfertigt, aber zu schnell«. Und nur jeder zehnte ist der Meinung, dass die Wiedervereinigung die »schlimmste Niederlage der Sowjetunion (Russlands) in der Außenpolitik« bedeutet.

Derweil begrüßen nur knapp über 40 %, dass damals der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, ein Wirtschaftsbündnis der Sowjetunion mit den osteuropäischen Staaten, sowie der Warschauer Pakt, ein Militärbündnis eben dieser Staaten, aufgelöst wurden und dass die osteuropäischen Staaten selbst ihren wirtschaftlichen und politischen Weg wählen durften.

Positiv wird hingegen bewertet, dass mit dem Ende des Kalten Krieges das Ausstrahlen westlicher Radiostationen nicht mehr behindert wird. Ein bezeichnendes Detail: Weniger als die Hälfte waren begeistert von der Veröffentlichung der Geheimen Zusatzprotokolle des Molotov-Ribbentrop-Paktes. Wesentlich deutlicher ist die Zustimmung für das Ende des Kalten Krieges, das Ende des Wettrüstens und der Gegnerschaft zwischen Ost und West (90 %) und für den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan (86 %).

Damit werden zum Teil außenpolitische Ergebnisse der Perestrojka bewertet, die 1985 vom Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Michail Gorbatschow eingeleitet wurde. Insgesamt hat die Zustimmung unter der Bevölkerung für die Umgestaltung der Sowjetunion in den letzten vier Jahren leicht zugenommen: Waren es 2005 nur 29 % der russischen Bürger, die sie ganz oder zumindest in Teilen positiv sahen, so waren es vier Jahre später 37 %. Entsprechend nahm die Ablehnung von 59 auf 51 % ab.

Die 1989 unter 20jährigen, also die Generation der heute aufsteigenden Entscheidungsträger, bewertet die Perestrojka und deren Errungenschaften als überwie-

gend positiv, während die Älteren sie als überwiegend negativ kritisieren. Überraschend ist das Ergebnis, dass die Zustimmung zu den damaligen Reformen wächst, je höher die Ausbildung und je höher der Wohlstand sind. Jedoch liegt gleichzeitig die Ablehnung stets bei etwa 50 %.

Die Auswirkungen

Ist das außenpolitische Hauptergebnis der Perestrojka für Europa, die Wiedervereinigung Deutschlands, aus Sicht der Russen als positiv oder negativ zu bewerten? Die Antworten fallen unterschiedlich deutlich aus. Positive Auswirkungen sehen die Russen für die Sicherheit in Europa und die deutsch-russischen Beziehungen (jeweils 50 %), aber für die Sicherheit Russlands im internationalen Bereich meinen das nur etwa ein Drittel, obschon immer noch mehr als die gegenteilige Meinung (27 %).

Russland vertritt seine politischen Positionen gegenüber Europa etwa so ausreichend wie gegenüber den USA. Davon ist die überwiegende Mehrheit, etwa zwei Drittel, überzeugt. Dabei unterscheiden die Russen sehr genau, wem sie ihre Sympathie geben. An erster Stelle der westeuropäischen Länder steht Frankreich (84 %), gefolgt von Deutschland (76 %). Die USA liegen gerade einmal bei 37 %, etwas besser ist Polen mit 44 %.

Gegenüber Deutschland sind für Russland der 2. Weltkrieg oder der Große Vaterländische Krieg, wie er im russischen genannt wird, noch immer die entscheidende Assoziation (65 %). Während diese Wahrnehmung leicht abnimmt im Vergleich zum Jahr 2002, nimmt das Merkmal »Schuldige des 2. Weltkrieges« leicht zu (44 %). Versoben hat sich die Analyse der Russen bezüglich des Einflusses auf die heutige Welt. Waren sie 2002 noch der Meinung, dass Deutschland einflussreicher sei (30 % gegenüber 20 % für Russland), so hat sich das Bild 2009 genau umgekehrt: 32 % für Russland, 21 % für Deutschland. Jeweils ein Drittel glaubt ein Gleichgewicht zu erkennen.

Russland sollte im 21. Jahrhundert, so sieht es etwa die Hälfte der Russen, »zu den 10 bis 15 wirtschaftlich

entwickelten und politisch einflussreichen Ländern der Welt zu gehören«. Diese Meinung gleicht sich bei allen Altersgruppen, bis auf die über 60jährigen. Leicht abgenommen im Vergleich zum Jahr 2007 hat das Bestreben »den Status einer Supermacht wie zu Zeiten der Sowjetunion wiederzuerlangen« (34 %). Völlig uninteressant erscheint es dabei, eine »Führerschaft im postsowjetischen Raum zu erlangen« (8 %).

So wollen denn gut ein Drittel der Befragten in einem eigenständigen Land leben, ohne Vereinigung mit einem anderen Land und ohne Bündnisverpflichtung. Leicht zugenommen hat der Wunsch in einem vereinten Europa zu leben (14 %) oder in einem Verband mit der Ukraine, Belarus und Kasachstan. Noch jeder Fünfte wünscht sich seine Zukunft in einer revitalisierten Sowjetunion. Bei einer Wahl zwischen einem möglichen Beitritt oder Nichtbeitritt zur Europäischen Union sind die Russen gespalten, tendieren jedoch eher dagegen (45 %) und 37 % sind dafür. Diese Aussage korrespondiert mit der Antwort auf die Frage, ob Russland ein Teil Europas ist (43 %) oder eine »besondere eurasische Zivilisation« (41 %).

Dabei schätzen die Bürger Russlands die Interessen Westeuropas gegenüber Russland realistisch ein. Die überwiegende Mehrheit ist sich sicher, dass Westeuropa ausschließlich an den Rohstoffen Russlands interessiert ist (59 %). Ein Fünftel ist überzeugt, dass »Westeuropa an Russland ausschließlich interessiert ist als Gegengewicht zur Weltmacht USA«. Und immerhin 22 % stellen fest, dass Europa an einer gleichgewichtigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit interessiert ist, Tendenz steigend.

Ihre Eindrücke über Europa erhalten die russischen Bürger vor allem aus dem Fernsehen (50 %), auf dem zweiten Platz liegen europäische Filme (44 %). Jeder fünfte gibt an, »im letzten Jahr sich nicht informiert zu haben über irgendetwas aus dem europäischen Leben oder der Kultur«. Und nur 7 % haben ein europäisches Land besucht. Diese besitzen zumeist eine mittlere oder Hochschulausbildung, sind in den Dreißigern und kommen aus den Großstädten.

Über den Autor:

Dr. Reinhard Krumm ist der Leiter der Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau.

Der vorliegende Beitrag ist ein Auszug aus der Studie »Posle padenija Berlinskoj steny: do i posle (Rossijane o wneschnopoliticheskich prozessach)« [Nach dem Fall der Berliner Mauer: damals und heute (Russen über außenpolitische Prozesse)], einer Untersuchung des Soziologischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland, die auf Deutsch im Sommer 2010 erscheint.